



Presseschau vom 21.12.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends/nachts:

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainischen Beschuss: „Von 21:30 bis 22:15 Uhr haben die ukrainischen Streitkräfte das Zentrum von **Jasinowataja** beschossen, dabei **starb ein Zivilist**, es gibt Verletzte“, teilte das operative Kommando der DVR mit.

Es wurde mit großkalibrigen Waffen geschossen.

Auch Häuser sind beschädigt, Einzelheiten werden ermittelt.

„Durch einen direkten Treffer auf ein Mehrparteienwohnhaus wurden **zwei zivile Einwohner verletzt**“, teilte die Stadtverwaltung von Jasinowataja mit.

Außerdem wurde das Gebäude eines Kindergartens beschädigt.

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden sechsmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo**, **Krasnyj Jar**, **Logwinowo**, **Kalinowo-Bortschtschewatoje** und **Golubowskoje**.

Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 36-mal das Regime der Feuereinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **15 Ortschaften** der Republik mit Artillerie, Mörsern verschiedenen Kalibers,

Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte in der Nacht vom 20. auf den 21.12.2017 auf **Jasinowataja**

- starb Jurij Borisowitsch Safonow, geb. 1967, wohnhaft 102. Stadtteil Haus 10, Wohnung 36,

- wurde die Bürgerin Raissa Romanowona Posolotina wohnhaft in der Karl-Marx-Straße 66 verletzt, sie wurde in das Eisenbahnerkrankenhaus eingeliefert;

- erlitt der Bürger Alexandr Stepanowitsch Mardar, geb. 1953, wohnhaft 103. Stadtteil Haus 14, Wohnung 41 eine Verletzung rechten Knie;

- wurde Jelena Walentinowna Bosak, geb. 1961, wohnhaft 102. Stadtteil Haus 11, Wohnung 41 verletzt.

In Folge des Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden in Jasinowataja folgende Häuser beschädigt oder zerstört:

- Stadtteil 102 Haus 11 – Gasleitung beschädigt;

- Stadtteil 102 Haus 10 Wohnung 36 – direkter Treffer;

- Stadtteil 103 Haus 14 Wohnung 41 – direkter Treffer;

- Karl-Marx-Straße 66 – direkter Treffer;

- Sawodskaja-Straße 43 – direkter Treffer;

- Stadtteil 103 Haus 14a – direkter Treffer in der 8. und 9. Etage;

- Stadtteil 103 Haus 12 – direkter Treffer in der 5. Etage.

Zusätzliche Informationen über Verletzte und Zerstörungen werden ermittelt.

de.sputniknews.com: "Von Russland angeworben": Assistent des ukrainischen Premiers festgenommen.

Der Inlandsgeheimdienst der Ukraine (SBU) hat den Assistenten und Dolmetscher des ukrainischen Premierministers Wladimir Groisman, Stanislaw Jeschow, festgenommen. Diese Information bestätigte der Regierungsvertreter in der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament), Wadim Denisenko.

„Es war längst bekannt, dass diese Person rechtswidrige Tätigkeit hätte ausüben können“, so Denisenko. „Seine Arbeit war in der letzten Zeit sozusagen ‚unter der Haube‘ gewesen.“ Zuvor hatte der Inlandsgeheimdienst der Ukraine die Festnahme eines Beamten am Arbeitsplatz bekannt gegeben, der angeblich im Auftrag von Moskau Daten über die Tätigkeit von Regierungsstrukturen der Ukraine gesammelt habe. Diese Informationen soll er dem SBU zufolge über elektronische Verbindungskanäle an Kuratoren weitergegeben haben. Der festgenommene Beamte wird des Staatsverrats verdächtigt, ihm drohen bis zu 15 Jahren Haft. Nach Informationen der ukrainischen Medien begleitete Jeschow den ukrainischen Premierminister Groisman bei allen internationalen Treffen und Reisen.

Der Kreml verfügt laut dem Sprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow über keine Information hinsichtlich der Festnahme des Assistenten des ukrainischen Premierministers Wladimir Groisman wegen des Verdachts der Kooperation mit den russischen Geheimdiensten. „Wir haben die Nachrichten gelesen, uns liegt aber keine Information dazu vor“, sagte Peskow gegenüber Journalisten. „Deshalb kann ich ihnen nichts Konkretes dazu sagen.“

Die Ukraine beschuldigte Russland mehrmals der Einmischung in die Kiewer Angelegenheiten. Moskau wies all die Vorwürfe stets als „unzulässig“ zurück.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31878/48/318784895.jpg>

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 36.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie des „Schulwaffenstillstands“ mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse, sowie bereits an anderer Stelle angegebene Folgen des Beschusses auf Jasinowataja; Anm. d. Übers.).

Außerdem trafen zwei Geschosse des Kalibers 122mm auf das Gebiet von **Wasiljewka**. Dabei wurde eine Stromleitung beschädigt, die die Pumpstation erster Ebene des Jushnodonbasskij-Wasserwerks versorgt, die Station ist auf Reserveleitungen umgeschaltet.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 536. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 975.

ukrinform.ua: Trump-Regierung billigt erste Lieferung von letalen Waffen an Ukraine.

Das US-Außenministerium hat einen Verkauf von letalen Verteidigungswaffen an die Ukraine im Wert von 41,5 Millionen Dollar genehmigt.

Das berichtete die Zeitung The Washington Post am Mittwoch unter Berufung auf ihre Quellen in der Regierung und im Kongress. Diese Entscheidung ist eine Abkehr von einem de-facto-Verbot der Obama-Regierung für die Waffenlieferungen an die Ukraine, schreibt die Zeitung.

Die Regierungsbeamten bestätigten laut dem Blatt, dass das US-Außenministerium in diesem Monat eine Lizenz für den Export von Scharfschützengewehren vom Typ M107A1, Munition und dazu gehörige Teile und Zubehör an die Ukraine erteilte. Der Export von schwereren Waffen, wie Panzerabwehrraketen Javelin, sei nicht genehmigt worden.

Die Regierung teilte dem Kongress die Entscheidung über den Waffenverkauf bereits am 13. Dezember mit, machte sie aber nicht öffentlich. Der Schritt wurde von ranghohen Mitglieder des Nationalen Sicherheitsrates der USA und des Kongresses unterstützt.

Dan-news.info: „Der Störungsdienst der Jasinowatajer Abteilung von Donbassgas hat nach dem Artilleriebeschuss des zentralen Teils der Stadt Jasinowataja zahlreiche Splitterschäden an Verteilungsgasleitungen festgestellt. Zeitweise ist die Gasversorgung von 167 Verbrauchern eines Mehrparteienwohnhauses im 102. Stadtteil und von fünf Verbrauchern des privaten Sektors auf der Sawodskaja- und der Karl-Marx-Straße unterbrochen“, teilte der

Pressedienst von Donbassgas mit.

Die ersten Anrufe gingen beim Gasdienst um 22:05 Uhr ein. Ein Teil der Beschädigungen wurde von einer Störungsbrigade sofort lokalisiert, mit den anderen wurde heute Morgen begonnen. An den Reparaturarbeiten sind 12 Personen mit zwei Einheiten Spezialtechnik beteiligt.

„Die Gastechniker planen den größten Teil der abgeschalteten Gasversorgung schon heute wieder in Betrieb zu nehmen“, unterstrich der Pressedienst.

Dan-news.info: „Nach genaueren Informationen **starben** in Folge des massiven Beschusses von **Jasinowataja** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte unter Verwendung von 122mm-Haubitzen **zwei Zivilisten**“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit.

de.sputniknews.com: Wie in Schairat? USA planen Angriff auf nordkoreanische Startplätze – Medien.

Die USA erwägen einen Plan zu einer Militärattache gegen Nordkorea, um damit das Atom- bzw. Raketenprogramm von Pjöngjang zu stoppen, wie die Zeitung „The Telegraph“ unter Berufung auf ehemalige US-Beamte berichtet.

„Die USA haben in den letzten Monaten dramatisch die Vorbereitung auf eine militärische Lösung verschärft“, so eine Quelle gegenüber der Zeitung.

Gemäß einem möglichen Szenario könnte ein nordkoreanischer Startplatz zerstört werden, bevor von dort aus ein weiterer Raketentest durchgeführt wird. Als Hauptziel gelten demnach Waffenlager. „Das Pentagon versucht Optionen zu finden, die es ermöglichen, Nordkorea einen Nasenstüber zu geben, seine Aufmerksamkeit zu erregen und zu zeigen, dass wir es ernst meinen“, heißt es weiter.

Die Entscheidung des US-Präsidenten Donald Trump, einen Raketenanschlag auf den Luftstützpunkt Schairat zu verüben, solle dabei als Muster gelten.

Laut Dutzenden Beamten aus den USA und Großbritannien ist die Administration von Trump bereit, eher eine militärische Variante der Entwicklung von Ereignissen zu behandeln, als man zuvor in diplomatischen Kreisen gedacht hatte. Zudem befürchten britische Diplomaten, dass „die USA bereits einen schrittweisen militärischen Aufbau in der Region begonnen haben“. Zuvor war berichtet worden, dass die USA laut dem US-Außenminister Rex Tillerson bereit seien, ohne Vorbedingungen mit Nordkorea über das nukleare Problem zu verhandeln.

Nordkorea hatte vorher von der Stadt Sain Ni nahe Pjöngjang aus die Interkontinentalrakete Hwasong-15 abgefeuert. Die Flugdauer soll laut dem Generalsekretär des japanischen Ministerkabinetts 50 Minuten betragen haben. Die Rakete ist laut staatlichen Medien bis zu 4475 Kilometer hoch geflogen und hat in 53 Minuten eine Distanz von 950 Kilometern zurückgelegt. Ähnliche Angaben zu Flughöhe und Flugdistanz hatte zuvor auch Südkoreas Militär genannt. Am Ende sei die Rakete nach 960 Kilometern Flug vor der Westküste Japans ins Meer gestürzt.

Nach dem erfolgreichen Start hatte sich Nordkorea zur Atommacht erklärt.

Seit April 2017 testet Pjöngjang regelmäßig ballistische Raketen, zuletzt am 15. September, als eine aus Nordkorea gestartete Rakete sogar Japan überflogen hatte. Danach trat eine zeitweilige Stille ein.

Die USA hatten als Reaktion auf einen vermutlichen Giftgasangriff in der Nacht auf den 7. April von Schiffen der US Navy im Mittelmeer aus 59 Tomahawk-Raketen auf den syrischen Militärflugplatz Schairat abgefeuert, ohne irgendwelche Beweise vorgelegt oder auch nur eine Untersuchung durchgeführt zu haben, ob Damaskus schuldig ist. Moskau bezeichnete den Angriff als einen Verstoß gegen das Völkerrecht.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31878/95/318789507.jpg>

Dan-news-info: „Heute sind in Donezk 28 Lastwagen des 72. Konvois des Zivilschutzministeriums Russlands mit humanitärer Hilfe von insgesamt 302 Tonnen eingetroffen. Darunter sind 266 Tonnen Lebensmittel für Kinder unter drei Jahren und Medikamente“, teilte der Pressedienst des Zivilschutzministeriums der DVR mit. Außerdem wurden auch adressierte Güter mit Kindergeschenken und Literatur geliefert.

Dan-news.info: „In **Jasinowataja** wurden durch den nächtlichen Beschuss ein Kindergarten und zehn Wohnhäuser beschädigt, insgesamt wurden fast 190 Fenster beschädigt. Außerdem wurden acht Autos durch Splitter beschädigt“, teilte der Pressedienst des Zivilschutzministeriums der DVR mit.

Drei zivile Einwohner wurden verletzt. Mitarbeiter des Ministeriums haben 39 Menschen evakuiert.

Lug-info.com: Die Lastwagen des 72. Konvois des Zivilschutzministeriums Russlands mit humanitärer Hilfe für die Einwohner des Donbass sind heute in Lugansk eingetroffen. 21 Lastwagen lieferten etwa 152 Tonnen verschiedene humanitäre Hilfe in die Republik. Darunter 135 Tonnen Kindernahrung für Kinder unter drei, 0,55 Tonnen Medikamente, 0,78 Tonnen medizinisches Material, 0,14 Tonnen Schulbücher und 15,18 Tonnen Neujahrgeschenke.

Nachmittags:

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin:

Die Lage in der Donezker Volksrepublik bleibt angespannt.

In **Richtung Donezk** hat der Gegner auf die Gebiete von **elf Ortschaften** 28 Artilleriegranaten des Kalibers 122mm und 145 Mörsergeschosse des Kalibers 120 bzw. 82mm abgefeuert sowie mit verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

In **Richtung Mariupol** haben die ukrainischen Streitkräfte auf die Gebiete von **drei Ortschaften** 16 Mörsergeschosse des Kalibers 120 bzw. 82mm abgefeuert und den Beschuss mit Granatwerfern und Schusswaffen fortgesetzt.

In **Richtung Gorlowka** hat der Feind auf das Gebiet von **Werchnetorezkoje Nishneje** mit Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

Bei der Verteidigung der Republik **starb ein Soldat der Streitkräfte der DVR.**

In Folge eines Artilleriebeschusses durch die ukrainischen Streitkräfte auf Jasinowataja starb ein ziviler Einwohner, drei wurden verletzt, 14 Häuser, darunter die allgemeinbildende Schule Nr. 6, wurden beschädigt und acht Autos von Splintern durchschlagen.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **36 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Heute Nacht hat der Feind einen unmenschlichen Akt begangen, der nur auf eins gerichtet ist – die Vernichtung friedlicher Einwohner unserer Republik.

Um 22 Uhr haben die ukrainischen Streitkräfte einen Artillerieschlag mit 122mm-Geschützen vom westlichen Rand von Awdejewka aus auf das Zentrum von Jasinowataja verübt.

Insgesamt wurden 28 Granaten auf das Zentrum der Stadt abgeschossen.

Das ukrainische Kommando versuchte dieses Verbrechen als Erwiderung auf einen Beschuss ihrer Positionen im Gebiet von Awdejewka, der angeblich von Seiten unserer Republik durchgeführt wurde, zu rechtfertigen.

Ich erkläre offiziell, dass die Streitkräfte der DVR keinen Beschuss unter Verwendung von durch die Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen durchgeführt haben. Alle Versuche, uns dessen zu beschuldigen, sind eine offene Lüge!

Und muss man überhaupt davon reden, wenn als Rache für mythische Beschüsse auf Schützengräben im Feld ein Schlag auf das Zentrum einer schlafenden Stadt erfolgt!

Der Kriegsverbrecher, der den Befehl zur Verwendung von Artillerie erteilt hat, ist uns bekannt – es ist der Kommandeur der 25. Luftlandebrigade O.W. Sentschenko.

Und derzeit werden von den Ermittlungsorganen der Republik Materialien zur Aufnahme von Strafverfahren bezüglich dieses Verbrechens vorbereitet.

Unter anderem haben Vertreter der Gesellschaftlichen Kommission Arbeiten zur Registrierung des Kriegsverbrechens durchgeführt und bereiten Materialien vor, um sie an den Internationalen Strafgerichtshof zu übergeben.

Gleichzeitig wenden wir uns an die internationalen Beobachter – wo sind Sie, wo ist Ihre Arbeit?! Warum beschießt die ukrainische Seite uns weiter ungestraft mit großkalibriger Artillerie?! Inzwischen bildet sich die feste Überzeugung heraus, dass die gesamte Arbeit zur Zurückhaltung und zur Registrierung der Beschießungen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte nur von den russischen Vertretern des GZKK durchgeführt wurde. Sobald sie unsere Republik verlassen hatten, hat die Ukraine massiven Beschuss von Ortschaften unter Verwendung von 152mm- und 122mm-Artillerie sowie Mehrfachraketenwerfern begonnen. Warum schweigen die OSZE-Vertreter darüber – das ist unverständlich.

Wir hoffen, dass unser Aufruf bis zur Führung der OSZE gelangt und diese endlich Ordnung unter ihren Untergebenen schafft und sie beginnen, rund um die Uhr ein Monitoring der Verstöße durchzuführen, und das Hotel nicht nur verlassen, um sich im Zentrum von Donezk aufzuhalten.

Uns ist tatsächlich nicht bekannt, wie die Arbeit der OSZE-Beobachter auf dem zeitweise von der Ukraine besetzten Territorium organisiert ist, aber wir nehmen an, dass sie auch so schlecht ist wie in unserer Republik.

Andernfalls hätten die Vertreter der Mission auf jeden Fall bereits von den örtlichen Einwohnern erfahren, dass der Beschuss auf Nowoluganskoje mit Mehrfachraketenwerfern am 18. Dezember vom von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorium aus erfolgte. Wir haben uns mit Einwohnern von Nowoluganskoje und in der Nähe liegenden Ortschaften in Verbindung gesetzt, die bestätigt haben, dass selbst aus dem Mund von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte Annahmen über „freundschaftliches Feuer“ einer Artillerieeinheit der 128. Brigade zu hören sind.

Aber die Vertreter der Mission kommen nicht so weit – ihr Arbeitstag endet um 15-16 Uhr und unter Berücksichtigung dessen, dass sie das Hotel um 10-11 Uhr morgens verlassen und eine Mittagspause machen, schaffen sie es einfach nicht, die Ortschaften zu erreichen, die beschossen werden.

de.sputniknews.com: Pseudobedrohung: London und Warschau stellen sich gegen „russische Propaganda“.

Großbritannien und Polen werden ein gemeinsames Projekt gegen „russische Informationsoperationen“ in Osteuropa starten. Das wird heute die britische Premierministerin Theresa May verkünden, wie Sputnik aus der britischen Regierungskanzlei erfuhr.

Demnach sei May bereit die Zusammenarbeit mit Polen im Kampf gegen „russische Fake News“ zu festigen. Dabei handle es sich unter anderem um „neue gemeinsame Kommunikationsprojekte“.

Großbritannien stelle dafür fünf Millionen Pfund bereit, ebenso viel wie Polen. Im Rahmen des Projekts soll der von Polen finanzierte Fernsehsender „Belsat“ unterstützt werden, der die Weißrussen schon seit vielen Jahren mit „objektiven und fairen Nachrichten“ versorgt.

London und Warschau wollen das Projekt wenige Tage vor dem Moskau-Besuch des britischen Außenministers Boris Johnson besiegeln.

May reist am heutigen Donnerstag nach Warschau, wo sie am jährlichen bilateralen Gipfeltreffen teilnimmt. Ihre Visite soll Londons Willen zur Festigung der gegenseitigen Beziehungen zeigen, besonders im Zusammenhang mit dem für das Frühjahr 2019 angesetzten Brexit.

Der britische Außenminister sowie seine Kollegen aus dem Finanz-, Innen- und Verteidigungsministerium begleiten May während ihrer Reise nach Polen.

„Obwohl Großbritannien aus der EU austritt, verlassen wir Europa nicht. Ich bestätige dem polnischen Ministerpräsidenten, dass wir mit seinem Land und mit anderen EU-Mitgliedern in Sachen der Verteidigung unserer Bürger, der Interessen und Werte weiter zusammenarbeiten werden“, heißt es in dem Sputnik vorliegenden Wortlaut von Mays Rede.

Beide Länder wollen einen Vertrag über gegenseitige Kooperation im Bereich Verteidigung unterzeichnen. Die britische Premierministerin soll auch die Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit auf dem Gebiet Cybersicherheit verkünden. Eine Delegation polnischer Spezialisten wird das britische National Cyber Security Center (NCSC) voraussichtlich im März 2018 besuchen.

Westliche Politiker werfen Russland vor, gezielte Desinformationskampagnen zu betreiben und sich in innere Angelegenheiten anderer Länder einzumischen. Dieses Thema macht neuerdings Schlagzeilen, obwohl keine konkreten Beweise vorgelegt werden. Russland weist den Vorwurf von sich.

Im November 2016 hatte das Europäische Parlament eine Resolution verabschiedet, die Russland unterstellt, oppositionelle politische Parteien und andere Organisationen in der EU finanziell zu unterstützen — mit der Absicht, den politischen Zusammenhalt der Gemeinschaft zu schwächen. Laut dem Papier gehe die größte Gefahr für die Europäische Union von der Nachrichtenagentur Sputnik, dem Fernsehsender RT, der Stiftung Russkij Mir und von der russischen staatlichen Agentur Rossotrudnitschestwo aus.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31621/62/316216261.jpg>

ukrinform.ua: Donbass: Ein Soldat bei Kamjanka gestorben.
Bei Kämpfen im Gebiet der Antiterror-Operation (ATO) sind in den vergangenen 24 Stunden ein ukrainischer Soldat getötet und vier weitere Militärangehörige verletzt worden. Das teilte der Sprecher des Verteidigungsministeriums der Ukraine für die Antiterror-Operation, Oberst Olexandr Motusjanyk, in einem Briefing am Donnerstag mit. Dem Sprecher zufolge sei der Soldat bei Angriffen des Feindes in der Nähe der Ortschaft Kamjanka ums Leben gekommen. Vier Soldaten seien nahe dem Bergwerk Butowka verwundet und in Militärkrankenhäuser gebracht worden.

de.sputniknews.com: Krim sammelt neue Stimmen: So änderten sich Positionen zu Ukraine-Resolution in Uno

Die UN-Versammlung hat eine Resolution über die „grobe Verletzung der Menschenrechte auf der Krim“ vonseiten Russlands verabschiedet, das darin als „Besatzungsmacht“ bezeichnet wurde, schreibt die Zeitung „Kommersant“ am Donnerstag.

Das von der Ukraine und den westlichen Ländern vorgelegte Dokument wurde von 70 der 193 UN-Staaten unterstützt, 26 äußerten sich dagegen (2014 waren 100 UN-Staaten für die Resolution und nur elf dagegen). Im Vergleich zum März 2014, als Kiew und seine Verbündeten der UNO erstmals eine Krim-Resolution vorlegten, erwies sich das Verhältnis diesmal für Moskau als günstiger.

In der Resolution wird behauptet, dass sich die Menschenrechtssituation auf der Krim seit 2014 stark verschlechtert habe. Wie aus dem Dokument folgt, sind dort solche ernsthaften Verstöße wie „außergerichtliche Ermordungen, Entführungen, gewaltsames Verschwinden, politisch motivierte strafrechtliche Verfolgung, Diskriminierung, Gewalt“ u.a. zu erkennen. „Wir halten diese Formulierungen für falsch und sind nicht mit ihnen einverstanden“, sagte der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko bedankte sich seinerseits bei „den echten Freunden der ukrainischen Krim“ für die Resolution.

Unter den 36 Mitverfassern des Dokuments sind 23 EU-Länder. Ihnen haben sich nur Ungarn, Griechenland, Italien, Zypern und Rumänien nicht angeschlossen. Dabei traten alle anderen EU-Länder für die Verabschiedung der Resolution ein. Die überwiegende Mehrheit der Nicht-EU-Länder Europas (außer dem Postsowjetraum) unterstützte ebenfalls die Resolution.

Eine besondere Position in Europa nahm wie auch vor einem Jahr Serbien ein, das dagegen stimmte, aber ebenso Bosnien und Herzegowina, das sich der Stimme enthielt.

Eine erfreuliche Nachricht für Moskau war die Position der postsowjetischen Staaten. Von zwölf Ländern der ehemaligen Sowjetunion stimmten sieben gegen die Krim-Resolution. Neben Russland, Weißrussland, Armenien, Kasachstan und Usbekistan stimmten diesmal

auch Tadschikistan und Kirgisien dagegen.

Ansonsten blieb das Postsowjet-Bild unverändert – die Ukraine wurde von Georgien und Moldawien unterstützt, die ebenfalls Mitverfasser des Dokuments sind.

Unter den asiatischen Ländern erwiesen sich fünf Länder im „ukrainischen Lager“ – Japan, Katar, Jemen, Butan und die Türkei trotz Knicks des Präsidenten Erdogan gegenüber dem Kreml. Gegen die Resolution äußerten sich die Philippinen, Myanmar, Kambodscha und Nordkorea. Auch der Iran und Syrien unterstützten sie nicht.

Auffallend ist, dass im Vergleich zum Jahr 2014 die Zahl der arabischen Länder gesunken ist, die die „Krim-Resolution“ unterstützten. Aus dieser Liste verschwanden Bahrain, Jordanien, Kuwait, Tunesien und Saudi-Arabien.

Die BRICS-Länder unterstützten Moskau. China, Indien und Südafrika stimmten gegen das Dokument, Brasilien enthielt sich der Stimme. 2014 enthielten sich China, Indien und Südafrika ihrer Stimmen.

Die am positivsten gegenüber Russland gestimmte Region ist Südamerika. Kein Vertreter dieser Region unterstützte die UN-Resolution. Noch 2014 war keine solche Einheit zu erkennen. Für die Krim-Resolution stimmten damals Chile, Peru und Kolumbien.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31879/31/318793187.jpg>

Lug-info.com: Während der heutigen Plenarsitzung hat der Volkssowjet der LVR zugestimmt, den Zivilschutzminister Sergej Iwanuschkin von seinem Amt als stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats zu entbinden und für dieses Amt Oleg Tschernousow zu benennen.

Lug-info.com: Der Volkssowjet der LVR hat heute einstimmig der Entbindung von Wladimir Degtjarenko vom Amt des Vorsitzenden des Volkssowjets auf dessen eigenen Wunsch entsprochen.

Mit 32 von 33 Stimmen wurde Denis Miroshnitschenko zum neuen Vorsitzenden des Volkssowjets gewählt.

Lug-info.com: Die Abgeordneten des Volkssowjets der LVR haben heute während der Plenarsitzung einstimmig A. A. Taranskij vom Amt des stellvertretenden Generalstaatsanwalts der LVR entbunden.

Einstimmig wurde A.A. Schatalow zum stellvertretenden Generalstaatsanwalt ernannt, er war zuvor stellvertretender Staatsanwalt im Showtnewyj-Bezirk von Lugansk.

Ebenfalls wurde Je. N. Steglenko einstimmig zur stellvertretenden Generalstaatsanwältin gewählt.

de.sputniknews.com: Letale Waffen für Ukraine: Kreml kommentiert US-Erteilung von

Lieferlizenz.

Lieferungen von tödlichen Waffen an die Ukraine können laut Kremlsprecher Dmitri Peskow die Hitzköpfe unter den Nationalisten anstacheln, die nach weiterem Blutvergießen im Donbass streben.

„Die Reaktion Moskaus auf mögliche Lieferungen von letalen Waffen an die Ukraine ist gut bekannt. Dies wird einmal mehr die ohnehin hitzigen Köpfe der Nationalisten aufheizen, die danach streben, erneut zu einem gewaltsamen, aber absolut aussichtslosen Szenario zur Regelung im Donbass überzugehen und erneut ein Blutbad im Donbass zu entfesseln“, sagte Peskow am Donnerstag gegenüber Journalisten in Bezug auf Medienberichte über angebliche Lieferungen von letalen Waffen an Kiew durch Washington.

„Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass diese Meldungen der US-amerikanischen Presse nicht der Wirklichkeit entsprechen. Das offizielle Washington hat diese bereits zurückgewiesen. Es gibt derweil keine Entscheidungen (auf Regierungsebene – Anm. d. Red.) darüber“, fügte er hinzu.

Zuvor hatte die Zeitung „The Washington Post“ berichtet, dass die US-Administration den ersten kommerziellen Verkauf von letalen Waffen an die Ukraine gebilligt habe.

Laut einem Sprecher des US-Außenministeriums haben die USA nur kommerzielle Lizenzen zur Lieferung von Schützenwaffen an die Ukraine bewilligt. Die US-Regierung selbst versorge jedoch Kiew nicht mit Defensivwaffen.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen):

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt stabil angespannt, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen **sechsmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

Beschossen wurden unsere Positionen in den Gebieten von **Logwinowo, Kalinowo, Kalinowo-Borschtschewatoje, Golubowskoje und Krasnyj Jar**.

Dabei haben die ukrainischen Streitkräfte 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen eingesetzt. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 120 Geschosse abgefeuert.

Die Volksmiliz der LVR begrüßt das Bestreben der Vertreter der OSZE-Mission die Weltgemeinschaft über die wahren Verletzer der Minsker Vereinbarungen zu informieren.

Im heutigen Bericht ist davon die Rede, dass die ukrainischen Streitkräfte unweit der von der Ukraine kontrollierten Ortschaft Swetlodarsk einen Mehrfachraketenwerfer „Grad“ verwendet haben, in Popasnaja wurde schwere Artillerie verwendet. Dieses Feuer erfolgte 600 Meter von der Frontbasis der OSZE entfernt.

Im Zusammenhang damit waren die Mitarbeiter der Mission, die sich in der Frontpatrouillenbasis befanden, gezwungen die ganze Nacht vom 18. auf den 19. Dezember in einem Schutzraum zu bleiben. Am Morgen des 19. Dezember haben sie die Frontpatrouillenbasis verlassen und sind nach Sewerodonezk gefahren.

Im Zusammenhang mit der unzureichenden Finanzierung und den Rückständen bei den Soldzahlungen, versuchen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte und normale Soldaten zusätzliche Verdienstquellen zu finden.

Nach uns vorliegenden Informationen verdienen die Kommandeure der Kompanien der 80. Luftsturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte an ihren Soldaten, indem sie vom Personal 300 Griwna für einen freien Tag verlangen, ein kurzer Urlaub ist noch teurer. Um Päckchen von Verwandten zu erhalten, nimmt das Brigadekommando von den Soldaten 100 Griwna pro Kilogramm.

Ein wichtiger Punkt ist auch, dass die Kommandeure der Einheiten ihre Verluste sorgfältig verheimlichen, um den Sold auch für bereits nicht mehr existierende Soldaten zu erhalten.

de.sputniknews.com: Magnitski-Liste: Sanktionierter Tschetschenien-Chef nimmt's mit Humor-

Der Präsident der russischen Teilrepublik Tschetschenien, Ramsan Kadyrow, hat auf die Entscheidung des US-Finanzministeriums reagiert, ihn auf die Sanktionsliste zu setzen. „Also, mir ist die Einreise nach Amerika verboten worden. Will ich aber überhaupt ein Visum beantragen? Habe ich überhaupt Aktiva in US-Banken? Ich habe zuvor schon mal gesagt, und jetzt muss ich's für besonders Vergessliche wiederholen, dass ich nicht in die USA reisen würde, nicht einmal wenn mir alle Währungsvorräte des Landes als Preis angeboten würden“, schrieb Kadyrow am Mittwochabend in seinem Instagram-Account.

Ihm zufolge kann er darauf stolz sein, dass er den US-Geheimdiensten missliebig und unbequem geworden ist. Wie er betonte, widmete er sein Leben dem Kampf gegen ausländische Terroristen, unter denen auch „Schützlinge der US-Geheimdienste“ seien. Gerade das, so Kadyrow weiter, können die USA ihm nicht verzeihen. Außerdem würden in Tschetschenien Frieden und Stabilität herrschen, während „die USA Blut auf der ganzen Welt vergießen“.

Die Aufnahme von Kadyrow in die sogenannte „Magnitski-Liste“ hat auch Franz Klinzewitsch, Vizechef des Verteidigungsausschusses im Föderationsrat (russisches Parlamentsoberhaus), kommentiert. Ihm zufolge ist die Entscheidung des US-Finanzministeriums nicht nur ein Ausdruck von Russophobie, sondern „offener Idiotismus“. „Tschetschenien stellt heute eine Insel der Stabilität in der muslimischen Welt dar, indem es zu einem ernsthaften Hindernis für die Verbreitung des internationalen Terrorismus geworden ist. Klar, dass die östliche Spezifik auch dabei ist. Aber Kadyrow tut im Rahmen des Gesetzes das, was er auch tun soll“, so Klinzewitsch.

Laut dem Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Dmitri Peskow, wird der Kreml höchstwahrscheinlich auf die Aufnahme von Kadyrow in die „Magnitski-Liste“ nach dem sogenannten Spiegel-Prinzip reagieren. „Sie haben wenige solche Menschen“, sagte Peskow auf die Frage, wer von der amerikanischen Seite dem tschetschenischen Republikchef gleichgestellt werden könnte.

Am Mittwoch hatte das US-Finanzministerium fünf Bürger Russlands, darunter Kadyrow, auf seine Sanktionsliste gesetzt. In einer Erklärung hieß es, dass ein politischer Gegner des Tschetschenien-Chefs auf dessen Befehl ermorden worden sei.

Der „Magnitsky Act“ wurde von den USA Ende 2012 mit dem Ziel angenommen, russische Amtsträger zu bestrafen, die aus Sicht der US-Behörden den Tod des Wirtschaftsprüfers des Fonds Hermitage Capital, Sergej Magnitski, in einem Moskauer Gefängnis und damit die Verletzung der Menschenrechte verschuldet haben sollen. Die Liste mit den Namen dieser Amtsträger wird auch als „Magnitski-Liste“ bezeichnet.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31879/62/318796207.jpg>

de.sputniknews.com: Moskau: USA werden zum Mordkomplizen.

Das russische Außenministerium hat scharfe Kritik an den Waffenlieferungen an die Ukraine durch die USA geübt: Washington stachelt Kiew laut Sprecherin Maria Sacharowa zu einem erneuten Blutbad im Donbass an. Die USA würden damit faktisch zum Mordkomplizen.

Die Position der Führung in Kiew sei mittlerweile der überwältigenden Mehrheit von Experten klar. „Indem die USA die Kiewer Behörden bewaffnen, bewegen sie diese zur Wiederaufnahme eines großen Blutvergießens im Donbass, wo die Situation ohnehin schon wegen des ständigen Beschusses von dem Territorium aus, das Kiew kontrolliert, auf der Kippe steht“, sagte Sacharowa bei einem Briefing am Donnerstag.

Faktisch werde Washington zum Komplizen bei einem Mord an Menschen, die gegen den von Nationalisten organisierten Staatstreich in der Ukraine aufbegehrt hätten.

Zuvor hatte die Zeitung „The Washington Post“ berichtet, dass die US-Administration den ersten kommerziellen Verkauf von letalen Waffen an die Ukraine gebilligt habe.

Laut einem Sprecher des US-Außenministeriums haben die USA nur kommerzielle Lizenzen zur Lieferung von Schützenwaffen an die Ukraine bewilligt. Die US-Regierung selbst versorge jedoch Kiew nicht mit Defensivwaffen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31280/23/312802308.jpg>

Abends:

de.sputniknews.com: Erdogan appelliert an die Welt: „Verkauft Euch nicht für US-Dollars“. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan rechnet damit, dass die UN-Vollversammlung die Resolution unterstützen wird, die jedwede Änderung am völkerrechtlichen Status von Jerusalem für null und nichtig erklärt.

„Für heute ist eine Abstimmung in der Uno geplant, der US-Präsident spricht Drohungen aus. Die ‚Wiege der Demokratie‘ sucht weltweit nach Stimmen, die gekauft werden können. Herr Trump, Sie können den demokratischen Willen der Türkei nicht für Dollars kaufen“, sagte Erdogan am Donnerstag bei seiner Rede in Ankara.

„Verkauft nicht Euren Willen“, appellierte der Staatschef an die Völkergemeinschaft. Er brachte auch die Hoffnung zum Ausdruck, dass die USA das von ihnen erwartete Ergebnis nicht bekommen werden „und die Welt ihnen eine gute Lehre erteilen wird“.

Wie der israelische Premier Benjamin Netanjahu zuvor erklärt hatte, wird der jüdische Staat die Abstimmungsergebnisse nicht anerkennen. „Jerusalem ist unsere Hauptstadt, wir werden dort die Bautätigkeit fortsetzen, und die Botschaften anderer Länder in Israel werden nach Jerusalem verlegt“, sagte Netanjahu. Er nannte die Uno ein „Haus der Lüge“.

Washington hatte am 18. Dezember im UN-Sicherheitsrat eine Resolution blockiert, die zur Aufhebung der Entscheidung über die Anerkennung von Jerusalem als Hauptstadt Israels aufruft. Die Abstimmung darüber soll heute in der UN-Vollversammlung stattfinden. Wie Trump äußerte, wird sein Land die finanzielle Unterstützung für die Länder einstellen, die diese Resolution unterstützen sollten.

Der US-Präsident hatte Anfang Dezember Jerusalem offiziell als Hauptstadt Israels anerkannt und ein Dokument über die Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem unterzeichnet.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31859/18/318591879.jpg>

de.sputniknews.com: EU verlängert offiziell Sanktionen gegen Russland um sechs Monate. Der EU-Rat hat Sanktionen gegen Russland offiziell um ein halbes Jahr verlängert. Das teilte der Rat auf seiner Website mit.

Demnach werden die Ende Januar auslaufenden Sanktionen bis 31. Juli 2018 gültig sein. „Da die Minsker Abkommen bislang nicht in vollem Umfang erfüllt sind, prolongiert der Rat die (antirussischen) Sanktionen um weitere sechs Monate“, hieß es zur Begründung.

Zuvor hatten führende Repräsentanten der Europäischen Union die Verlängerung der Restriktionen bei einem Gipfeltreffen gebilligt. Der EU-Ratspräsident Donald Tusk teilte mit, dass die Entscheidung zu dieser Frage zum ersten Mal einmütig getroffen wurde.

Die EU hatte 2014 Sanktionen gegen Russland wegen dessen Haltung im Ukraine-Konflikt verhängt. Sie richten sich gegen den Energie-, den Verteidigungs- und den Finanzsektor der russischen Wirtschaft, gegen Banken und große Öl- und Gasunternehmen. Den betroffenen Konzernen wurde Zugang zu europäischen Finanzmärkten eingeschränkt.

Damals wurde auch beschlossen, ein Embargo für den Handel mit russischen Waffen zu verhängen und den Export von Erzeugnissen doppelter Zweckbestimmung an Russland zu verbieten. Zuletzt waren die Sanktionen am 28. Juni 2017 verlängert worden.

Im September prolongierte der EU-Rat individuelle Restriktionen. Auf der Sanktionsliste stehen jetzt 149 natürliche und 38 juristische Personen in Russland. Diese Beschränkungen bleiben bis zum 15. März 2018 in Kraft.

de.sputniknews.com: **Uno nimmt Resolution an: USA sollen Jerusalem-Entscheidung zurücknehmen.**

Nach einem Beschluss der Uno-Vollversammlung sollen die USA die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels zurücknehmen. 128 Nationen haben am Donnerstag für die entsprechende Resolution gestimmt. Neun waren dagegen, 35 enthielten sich.

Zuvor wurde berichtet, Israel beabsichtige laut dem israelischen Premierminister Benjamin

Netanjahu nicht, die Abstimmung der UN-Vollversammlung über Jerusalem anzuerkennen, da die Vereinten Nationen ein „Haus der Lüge“ seien.

Donald Trump hatte am 6. Dezember bei einer Rede im Weißen Haus Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkannt. „Ich habe beschlossen, dass es jetzt an der Zeit ist, Jerusalem offiziell als die Hauptstadt Israels anzuerkennen“, sagte der US-Präsident. Zugleich hatte er angeordnet, die US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen.